Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1538
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 140. **Mittwoch, 18. Juni 1924, abends.** **77. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis,** gegen Vorauszahlung, für Monat Juni 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtzigige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die französische Regierungserklärung.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Programmerklärung der neuen französischen Regierung findet in politischen Kreisen in Deutschland eine sehr verschiedenartige Beurteilung. Während auf der einen Seite die Demokraten und Sozialdemokraten aus dem Eintreten Herriots für die deutsche Demokratie die Hoffnung schöpfen zu können glauben, daß die Methoden gegenüber Deutschland eine wesentliche Aenderung erfahren werden, stehen die rechtsgerichteten Kreise auf dem Standpunkt, daß Herriot eine Politik einleiten wird, die eine schroffe Kampfansage gegenüber dem nationalen Deutschland darstellt. Die drohenden Aeußerungen gegen die nationalen Verbände in Deutschland und gegen das Wiedererstarken des nationalen Geistes bei der deutschen Jugend solle, so erklären die Führer der Deutschnationalen, dem deutschen Volke Veranlassung geben, nun erst recht an dem Ziel der nationalen Befreiung zu arbeiten. Frankreich sei der unerbittlichste Gegner Deutschlands, ob es nun von radikalen Republikanern oder von dem Chauvinismus Poincarés regiert wird.

Die der Reichsregierung nahestehenden Kreise legen gegenüber den Erklärungen der neuen französischen Regierung größte Zurückhaltung an den Tag. Insbesondere scheint sich die Auffassung des Reichskanzlers Dr. Marx hinsichtlich der neuen Entwicklung in Frankreich kaum geändert zu haben. Die wichtigsten Punkte des französischen Regierungsprogramms für Deutschland seien absolut nicht diejenigen Stellen, die sich mit der innerdeutschen Politik und mit der nationalen Bewegung befassen. Für Deutschland komme es darauf an, wie sich die französische Regierung zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens und zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftsfreiheit in den besetzten Gebieten stellt. Nach dieser Richtung hin enthalte das französische Regierungsprogramm keine Stellen, die in Deutschland Anlaß zu ernsten Besorgnissen geben könnten. Allerdings ist man enttäuscht darüber, daß die neue französische Regierung die militärische Räumung des Ruhrgebietes davon abhängig macht, daß erst die Einrichtungen des Sachverständigen-Gutachtens normal in Funktion getreten sein müßten. Diese Erklärung sei immerhin bedenklich, weil sie sich nicht klar genug darüber ausspreche, was unter dem normalen Funktionieren des Sachverständigen-Gutachtens zu verstehen ist. Immerhin sei die Sprache der französischen Regierung nicht ganz so zweideutig wie das Auftreten des Herrn Poincaré. Poincaré hat erklärt, Frankreich werde die Besetzung des Ruhrgebietes nicht rückgängig machen, als bis die deutschen Zahlungen erfolgt seien. Das hätte zum mindesten dazu geführt, daß die Ruhrbesetzung auf die Dauer von 20 Jahren verlängert worden wäre. Die Voraussetzungen des Kabinetts Herriot könnten aber, wenn es es mit der endgültigen Räumung des Ruhrgebietes wirklich ernst meint, immerhin im Verlaufe eines Jahres gegeben sein. Darin bestehe immerhin ein wesentlicher Unterschied zwischen Poincaré und Herriot.

Die Tatsache, daß Herriot den deutschen Botschafter in Paris aufgesucht hat, um mit ihm über die deutsch-französischen Beziehungen zu sprechen, hat allgemein in Berlin einen nicht ungünstigen Eindruck hervor gerufen. Zum ersten Mal seit Beendigung des Krieges hat ein französischer Ministerpräsident den deutschen Botschafter besucht, und es liegt darin immerhin eine Höflichkeits-Geste, der man eine gewisse Bedeutung nicht abstreitet. Die Frage der deutsch-französischen Beziehungen tritt jetzt immer mehr in den Vordergrund, nachdem auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Interessen zwischen den beiden Ländern eine Klärung der Lage notwendig erscheint. Von französischer Seite werden jetzt neue Versuche aufgenommen, einen Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen. Wie bereits bei früherer Gelegenheit von deutscher Regierungsseite betont worden ist, hängt die Lösung der schwebenden Wirtschaftsfragen aber in erster Linie davon ab, welche Haltung die neue französische Regierung gegenüber Deutschland einnehmen wird.

Der Auftakt.

Berlin, 18. Juni. Während man sich in Berlin noch damit beschäftigt, innerpolitisch die Einheitsfront für die Annahme der Sachverständigen-Gutachten zu schaffen, während Dr. Stresemann durch Zugeständnisse versucht, die Deutschnationalen aus ihrer Oppositionsstellung herauszuholen, bereitet man sich in Paris und London auf die Konferenz der Ministerpräsidenten Herriot und Macdonald am kommenden Sonntag vor. Man hat es sowohl in England wie in Frankreich nicht mehr nötig, über das Prinzipielle des Gutachtens viel Worte zu verlieren, da die Einheitsfront hierüber bereits seit einiger Zeit in vollem Maße hergestellt ist. Es wird wieder von politischer Seite darauf hingewiesen, wie grundverschieden die Einstellung Deutschlands zum Reparationsplan dadurch sein muß, daß Deutschland derjenige Teil ist, der zahlen muß und dem man gewissermaßen die Summe diktiert die man sich in den Ententeländern zum eigenen Wiederaufbau ausgerechnet hat. Der Londoner Konferenz mißt man in den politischen Kreisen keine allzu große Bedeutung bei, weil diese Besprechungen mehr das Festlegen eines Einheitskurses der englisch-französischen Politik zum Ziele hat, der es beiden Regierungen innerpolitisch ermöglichen soll, sich gegen die Opposition von rechts leichter zu wehren. Dennoch bedeutet diese erste Fühlungnahme des neuen französischen Kabinetts mit dem malischen den Auftakt zu den kommenden Reparationsverhandlungen, und man wird von dieser Konferenz aus Deutschland wissen lassen, daß die Freundschaft Englands und Frankreichs gegenwärtig so stark sei, wie seit langen Jahren nicht, und daß es an Deutschland liege, die Verhandlungen für sich günstig zu gestalten. Für Deutschland bedeutet die Lösung des Reparationsproblems eine Lebensfrage für die Regierungen in London und Paris ist sie die Prestigefrage und findet ihre Auswirkung in der Innenpolitik. Es wird also nicht allein an Deutschland liegen, das sich in einer überaus schwierigen Lage befindet, sondern vor allem an dem guten Willen der Verhandlungsmächte miteinander, ob man zu einem für alle Teile befriedigenden Ergebnis kommt oder nicht.

Wichtige Beratungen des Auswärtigen Ausschusses.

vdz. Berlin, 18. Juni 1924.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat gestern unter dem Vorsitz des Abg. **Müller-Franken** zusammen, um die mit dem **Sachverständigen-Gutachten** zusammenhängenden Fragen, die schwebenden **Handelsvertragsverhandlungen** und die **deutsch-russischen Beziehungen** zu behandeln. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses nicht öffentlich seien, und richtete deshalb an die kommunistischen Mitglieder des Ausschusses die Frage, ob sie die **Vertraulichkeit wahren** würden.

Abg. **Stöcker** (Komm.) protestierte sowohl gegen diese Fragestellung wie auch dagegen, daß am Montag nachmittag der Außenminister die Führer sämtlicher Parteien mit Ausnahme der deutschvölkischen und der kommunistischen Abgeordneten zu sich geladen habe, um mit ihnen vertraulich die außenpolitischen Probleme durchzusprechen. Redner stellte den Antrag, für die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses die Oeffentlichkeit zu beschließen.

Außenminister Dr. Stresemann betonte, daß die gestrigen Verhandlungen mit einzelnen Parteiführern vor allem der Klärung der Frage gedient hätten, inwieweit die Regierung noch in der Lage sei, dem Auswärtigen Ausschuß vertrauliche Auskünfte zu geben.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschloß der Ausschuß auf Antrag Graf Westarp, daß die Erklärung der kommunistischen Mitglieder über die Vertraulichkeit der Verhandlungen nicht als ausreichend betrachtet werden könne. Der Reichstag solle deshalb eine Aenderung des § 28 der Geschäftsordnung in Erwägung ziehen. Dieser Beschluß wird später vom Plenum des Reichstags dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen werden. Der kommunistische Antrag auf Oeffentlichkeit der Sitzungen wurde abgelehnt.

Staatssekretär **Vogt** (Reichsverkehrsministerium) erläuterte darauf die Fragen, die mit den **Reichseisenbahnen** zusammenhängen.

Reichsbankpräsident Dr. **Schacht** sprach die Hoffnung aus, die im Zusammenhang mit dem Organisationskomitee stehenden Arbeiten noch in dieser Woche beenden zu können. **Die Reichsbank bleibe bestehen** und werde entsprechend ihren neuen Aufgaben organisiert.

Gesandter Dr. **Ritter** sprach über die im Gutachten vorgesehenen Industrie-Obligationen.

Außenminister Dr. **Stresemann** behandelte in ausführlichen Darlegungen das **Sachverständigen-Gutachten.**

Reichsfinanzminister Dr. **Luther** machte Mitteilung über den Stand der Vorarbeiten für die mit der Reparationskommission aufzunehmenden Verhandlungen über die **Verbrauchsabgaben und Zölle.**

Nachdem die einzelnen Parteivertreter sich zu diesen Fragen geäußert hatten, beantwortete Dr. **Stresemann** verschiedene Anfragen. Alsdann wurden die **Handelsvertragsverordnungen mit Spanien** über die Aufhebung des Valutazuschlags besprochen, wobei Ministerialdirektor **v. Stockhammern** den Stand der Angelegenheit darlegte.

Schließlich wurde der **deutsch-russische Zwischenfall,** der durch das Eindringen der preußischen Polizei in die russische Handelsdelegation in Berlin verursacht worden ist, von den kommunistischen Abgeordneten zum Gegenstand einer Anfrage gemacht. Minister Dr. **Stresemann** wies in seiner Erwiderung darauf hin, daß die Verhandlungen über eine Beilegung des Zwischenfalls gegenwärtig schweben. Nachdem sich auch die Abgg. **Wirth** (Z.), **Wulle** (Nat.-Soz.) und Dr. **Hoetzsch** (Dnat.) dazu geäußert hatten, vertagte sich der Ausschuß. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Herriots Regierungserklärung.

* Paris, 17. Juni. Die Sitzungen in der Kammer und im Senat wurden um 3 Uhr eröffnet. **Ministerpräsident Herriot** betrat sofort die Tribüne und verlas **die Botschaft des Präsidenten Doumergue.**

Daran anschließend gab er seine **Erklärung** ab. Eingangs der Regierungserklärung stellte Herriot fest, daß er sich in dem von ihm vorgezeichneten Programm an den **Willen des Volkes** halte, wie es diesen in den Wahlen vom 11. Mai ausgesprochen hat. Er wolle sein Programm klar und ausführlich darlegen.

Er faßte sein Programm wie folgt zusammen: Sowohl im Innern wie auch außerhalb des Landes verfolge die Regierung nur ein Ziel, dem Lande den Frieden zu geben, welchen Frankreich auf so noble Weise verdient hat. Zuerst erklärte er, was er unter moralischem Frieden verstehe. Der Botschafter beim Vatikan sei abberufen worden, weil dieses dem Geiste des Laientums in Frankreich entspreche. Er wehrte sich gegen den Vorwurf, daß die Beziehungen mit dem Papste wegen Intoleranz oder Vorurteil abgebrochen worden seien.

Herriot entwickelte dann das **soziale Programm seiner Regierung.** In erster Linie würde allen ihrer Meinung wegen verurteilten Dueger **Amnestie** gewährt werden, ausgeschlossen seien natürlich Verräter. Anschließend daran kündigte er eine **umfassende Verfassungsreform** an, besonders die Aenderung des Wahlsystems nach Kreisen. Ferner die baldmögliche Verwirklichung des sozialen Versicherungswesens.

Hierauf behandelte der Minister ausführlich 2 Punkte seines Programms: Nämlich die **elsaß-lothringische Frage** und die **Frage des Wiederaufbaues.** Bezüglich der elsaß-lothringischen Frage trat Herriot für die gesetzliche Einführung der französischen Gesetze und der französischen Verwaltung in Elsaß-Lothringen ein. Er wandte sich gegen den Wiederaufbaukandal und erklärte, daß die Bevölkerung wegen der im besetzten Gebiet aufgedeckten Mißbräuche nicht leiden dürfe und der Wiederaufbau so rasch als möglich durchgeführt werden müsse.

Im dritten Teile seiner Regierungserklärung definierte er den **Gegenstand der wahren Demokratie.** Die wichtigsten Punkte dieses Programms sind: 1. Durchführung des Achtstundentages. 2. Innehaltung der Arbeitergesetze, wie sie auf den internationalen Arbeiterkongressen in Washington und Genf festgelegt worden sind. 3. Schutz der Kinder und Mütter. 4. Sicherung der Pensionen der Kriegshinterbliebenen. 5. Förderung der Bevölkerungszunahme durch Entwickelung von Industrie und Ackerbau, sowie durch Ausbeutung der Kolonien. 6. Einführung der Sozialversicherung. 7. Aufhebung der Schuldecrets Berads, welche den armen Kindern den Zugang zur höheren Schule versperren.

Dann entwickelte Herriot das **Finanzprogramm.** Er stellte sich ganz auf den Boden des Finanzausschusses des Senats und erklärte, daß er für eine peinliche Durchführung des Gleichgewichts von Ausgaben und Einnahmen eintreten werde, da gesunde Finanzen allein die Durchführung seines Programms ermöglichten.

Im letzten Teile seines Regierungsprogramms behandelte Herriot **die außenpolitische und Sicherungsfrage.** Er sagte: Wir werden an eine Umorganisation des Heeres schreiten, aber nur in den Grenzen, die die Interessen des Landes erlauben. Diese Umorganisation beruht auf einer Verminderung des aktiven Militärbestandes, aber sie dürfe auf keinen Fall Frankreich schwächen. Frankreich weist jeden Gedanken von Angriffen und Eroberungen zurück. Was das Land will, ist der Frieden. Wir erheben im Namen der Gerechtigkeit **Anspruch auf Reparationen.** Wir können die **Ruhrbesetzung** nur dann aufgeben, wenn diese Garantien gegen andere in dem Sachverständigengutachten vorgesehene Pfänder umgetauscht sind. Wir empfehlen auch im Interesse des Friedens und der Abrüstung Deutschlands, die **Kontrolle** weiter aufrechtzuerhalten und diese Kontrolle so bald als möglich dem Völkerbunde zu übertragen.

Hierauf unterstrich Herriot den **Geist der Demokratie.** Er sagte, daß er durch Verträge mit allen Ländern die friedliche pazifistische Zusammenarbeit mit allen Nationen zu erleichtern gedenke.

Zum Schlusse trat Herriot für die **Anerkennung der Sowjet-Regierung** durch die französische Republik ein. Er betonte aber, daß diese Anerkennung nur vor sich gehen könnte, wenn die Interessen Frankreichs respektiert bleiben.

Zur Frage der **Räumung des Ruhrgebietes** sagte Herriot noch, daß in Anbetracht des jetzigen Zustandes in Deutschland Frankreich gezwungen sei, um sich und die anderen Völker gegen einen Angriff des pangermanistischen Nationalismus zu schützen, die Ruhr erst dann zu räumen, wenn Deutschland die in dem Gutachten vorgesehenen Fragen erfüllt habe. Bevor Deutschland sich den Paragraphen des Friedensvertrages bezügl. Reparationen und Sicherheiten nicht unterstellt, werde es nicht vom Reiche abhängen, ob es in den Völkerbund aufgenommen werde.

Verschiebung der Reichstagssitzung?

Für die nächste Reichstagssitzung war der 24. Juni in Aussicht genommen. Der Reichstagspräsident Wallraf hat den dringenden Wunsch, an diesem Termin festzuhalten, und er wird darin von verschiedenen Parteien auch von seiner eigenen, der Deutschnationalen Volkspartei, unterstützt. Andererseits sind aber auch Wünsche wegen Verschiebung der Sitzung an den Präsidenten herangetreten. Die wichtigen Gesetze, die zu den Sachverständigen-Gutachten gehören, und an deren Fertigstellung beschleunigt von der Reichsregierung gearbeitet wird, werde voraussichtlich kaum vor Mitte Juli für die Einbringung an den Reichstag reif sein, da darüber vorher auch noch mit den Vertretern der Alliierten verhandelt werden muß. Präsident Wallraf wünscht trotzdem den baldigen Wiederzusammentritt, da der Reichstag zunächst Arbeitsstoff durch eine große Reihe von Anträgen und Interpellationen hat und auch anzunehmen ist, daß inzwischen der Reichshaltsausschuß einige Kapitel des Reichshaushalts zur Verhandlung im Plenum vorbereitet haben wird. Der Präsident hat, um den Termin der Plenarsitzung zu bestimmen, den Aeltestenrat des Reichstags auf Mittwoch nachmittag berufen.

Aufhebung der Verordnung über die Ausreisegebühr.

Berlin, 18. Juni. Nachdem die Regierung beschlossen hat, die Ausreisegebühr fallen zu lassen, weil die Mehrheit des Kabinetts dagegen war, soll bereits **heute Mittwoch die Verordnung aufgehoben** werden. Die Steuer wird voraussichtlich durch neue Maßnahmen steuerlicher Art vorläufig nicht ersetzt werden, da man erst abwarten will, welchen Ausgang die Reparationsverhandlungen nehmen und welches Ergebnis sie für die deutschen Finanzverhältnisse mit sich bringen werden.

SLUB
Wir führen Wissen.